Nr. 270 XXVII. Jahrgang

Sonnabend, 4. Oktober 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 15638, 18807, 17108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis:
Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 60 Pf., die 70 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Nachw. oder Punktiert 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Angebot von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2,00 vierteljährlich M. 6,00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2,00, vierteljährl. M. 6,00
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2,25 „ „ 6,45
Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,50, nach dem Auslande M. 1,80
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 10 Pf.

Demokratische Minister

Der Eintritt zweier Demokraten in die sächsische Regierung hat sich offenbar unter dem Eindruck der Einigung in Berlin etwas schneller vollzogen, als es selbst nach den ergebnislosen Verhandlungen mit den Unabhängigen zu erwarten war. Bei in Sachsen das Uebereinkommen erfolgte, darüber gibt die offiziöse Ankündigung über den Eintritt der beiden bekannten Parlamentarier Nitzschke und Dr. Seyfert in die Landesregierung folgende Auskunft: „Im Laufe der letzten Woche haben eingehende Beratungen zwischen den Vertretern der sozialdemokratischen und der demokratischen Volkskammerfraktion über den Eintritt von Mitgliedern der Demokratischen Partei in die sächsische Regierung stattgefunden. Es ist zunächst eine Verständigung darüber herbeigeführt worden, daß die sozialdemokratischen Richtlinien der bisherigen Regierung, wie sie vom Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer am 20. März d. J. in der Volkskammer dargelegt wurden, voll in Geltung bleiben. Auch die demokratischen Vertreter, die in die Regierung eintreten, werden diese Richtlinien im wesentlichen anerkennen. Hinsichtlich der Regierungsstellen, die für die Demokratische Partei in Betracht kommen sollen, mußte zwischen den von der demokratischen Fraktion gestellten Forderungen und den Auffassungen der sozialdemokratischen Fraktion eine mittlere Linie gefunden werden. Das Einverständnis wurde schließlich derart erzielt, daß die demokratische Fraktion das Kultusministerium und das Finanzministerium übernimmt. Auch die bisherigen Inhaber dieser Aemter stimmten dieser Regelung zu. Den Vorschlägen der demokratischen Fraktion entsprechend, wird der Ministerpräsident dem Abgeordneten Nitzschke in das Finanzministerium und das Mitglied der Nationalversammlung Schulrat Dr. Seyfert in das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts berufen. Voraussichtlich wird bei dem Wiederzusammentritt der Volkskammer am Montag eine Erklärung über die Regierungsumbildung abgegeben werden."

Danach hat also die demokratische Kammerfraktion — die Partei als Ganzes konnte ja wohl kaum um ihre Meinung befragt werden — und es haben vor allem die beiden neuen demokratischen Minister Verpflichtungen übernommen, die der Anerkennung eines grundsätzlichen und wichtigen Teiles des sozialistischen Programmes fast gleichzustellen sind. Rechnet man zu diesen besonderen Verpflichtungen dieselben, die sich ganz von selbst durch die Uebernahme der Mitverantwortung ergeben, berichtet man ferner, wie der Arbeitsausschuß der sozialdemokratischen Partei Sachsens den bevorstehenden Eintritt der Demokraten in die Regierung mit einer feierlichen Entschließung angezeigt hat, so muß man sich fragen, ob es weise war, gewissermaßen als bezeichneter Lückenbüßer eine Verantwortung zu übernehmen, die um so schwerer wiegt, als von den Finanzen und der Schule aus ein verhältnismäßig doch geringer Einfluß auf die Gesamtpolitik zu gewinnen ist. Zweifellos aber wird jeder Mißerfolg in der sächsischen Gesamtpolitik den Demokraten doppelt angekreidet werden. Von allen Seiten. Das Volk erwartet von jeder neuen Regierung die Erlösung von allem Uebel. Dazu werden die zwei Demokraten, die eben dieses Neue ausmachen, nicht imstande sein. Bleiben die erhofften Wunder aus, so wird sich die wachsende Unzufriedenheit auf diejenigen wälzen, die geglaubt haben, in diesem höchst ungünstigen Augenblick die Verantwortung mitübernehmen zu müssen. In dem Manifest der sächsischen sozialdemokratischen Partei heißt es: „Für jeden, dem die Einigkeit der proletarischen Aktion am Herzen liegt, wäre auf Grund dieser Erklärungen unsrer Partei ein Zusammenarbeiten (mit der U. S. P.) möglich gewesen. Die zu den stattgefundenen Verhandlungen berufenen Führer der U. S. P. haben das jedoch unter allerhand konstruierten Vorwänden hintertrieben. Sie haben den angebotenen Frieden höhnend ausgeschlagen, sie wollen den selbstmörderischen Bruderkampf zum Schaden des Proletariats weiterführen und leiten mit ihrem Starrsinn geradezu Wasser auf die Mühle der Reaktion. Auf die Träger einer solchen unverantwortlichen Zersplitterungspolitik der U. S. P. fällt alle Schuld, wenn die Macht, die das sächsische Volk bei den Volkskammerwahlen der Sozialdemokratie verliehen hat, nicht restlos im Interesse des Volksganzen ausgenutzt werden kann. Die sozialdemokratische Parteileitung in Gemeinschaft mit der Volkskammerfraktion hat nunmehr einstimmig den Fraktionsvorstand ermächtigt, im Sinne des Beschlusses der Landesversammlung die Lösung der Regierungsfrage auf parlamentarisch demokratischer Grundlage herbeizuführen. Die Parteileitung wird in Gemeinschaft mit der Volkskammerfraktion im vollen Bewußtsein der auf ihr lastenden Verantwortung alles einsetzen, um die beschleunigte Entwicklung unsres freiheitlichen Staatswesens und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nach Kräften zu fördern."

Das ist nicht mißzuverstehen. Die „Lösung der Regierungsfrage auf parlamentarischer demokratischer Grundlage" sollte doch eigentlich Grundsatz sein und bleiben. Hier aber wird zugestanden, daß die Macht der Sozialdemokratie denen über diesem Grundsatz steht, die es bedauern, durch die Stellung der Unabhängigen gezwungen zu sein, auf den Eventualantrag Castan einzugehen und mit den Demokraten zu verhandeln. Mag man die feierliche Verwahrung, die Art, wie im voraus den Unabhängigen die Verantwortung für ein vielleicht mißglückendes Experiment zugeschoben wird, aus der Taktik rechtfertigen — diese Erklärung ist nun einmal in der Welt. Und sie ist symptomatisch. Zwei demokratische Minister werden wie eine Notstandsmaßregel eingeführt. Ehe sie ernannt sind, zeigt man schon auf ihre Bindungen. Alles ist geschehen, um einen Schritt zu entschuldigen, der doch nach dem nun auch hierzulande angeblich geltenden demokratisch-parlamentarischen System von Rechts wegen getan werden muß. Es sieht nach Angstpolitik aus. Es ist kein zu Hoffnungen stimmender Auftakt. Es ist ein Symptom für die hier wie im Reiche herrschende Politik des wankenden Bekenntnisses.

Denn was soll denn mit der Festlegung auf die Richtlinien der Sozialisierung gesagt sein? Man nehme sich diese Richtlinien aus der Kammerverhandlung vom 20. März vor, vergleiche damit, was bereits aus mißglückten Experimenten sich ergibt, vergleiche, was Cohen-Reuß offen (wie einige andre Sozialisten) über Verheißungen und Versprechungen gesagt hat, und über das, was kein Mensch davon halten kann — und man muß sich sagen, daß es allein aussichtsvoll gewesen wäre, wenn man erst zu gemeinsamer Klarheit und Offenheit und dann zur Regierungsbildung gekommen wäre. Das gilt für Sachsen, genau so, wie für die Regierung des Reichs. Herr Nitzschke und Herr Dr. Seyfert haben nach diesen Richtlinien „die sozialistische Entwicklung zu fördern". Mit Einschränkungen, gewiß. Aber wir haben ja gesehen, wie alle andern sachlichen und kritischen Bedenken, z. B. bei der Ausgestaltung der Vorlage des Gesetzes über die Betriebsräte, dem Bedenken einer Parteimitgliederabwanderung nach links zum Opfer gefallen sind. Man macht der Demagogie Konzessionen, ohne zu bedenken, daß alle unglücklichen Maßnahmen keinen Dank einbringen werden. Man hält die Täuschung und Selbsttäuschung am Leben, als vermöchte der Staat alles. Und außerdem Wunder. Und man tut so, als glaube man, wenn endlich die Doktrin und die „Planwirtschaft" alle Macht habe, seien auch alle unsre Schmerzen und Leiden verschwunden und geheilt. Als ob es nicht allein auf das Wachstum ankomme, auf seine Förderung durch die Arbeit aller für alle, auf seine Hütung vor Störungen, sondern — auf die Gartenschere und ihre besondere Anwendungsmethode! Nicht einmal eine Dornhecke wächst, wenn man sie planmäßig täglich zusammenschneidet. Es bleibt schließlich die geheiligte Gartenschere übrig. Und dann werden wir von der Doktrin und der Ernte des grünen Tisches leben . . .

Das hindert nicht, anzuerkennen, was in den Richtlinien sozial, vernünftig, zweckmäßig ist. Und man wird ja am Montag noch Genaueres aus der Regierungserklärung vernehmen. Nur, daß auch an diesem Tage so wenig wie in Berlin das offene Bekenntnis abgelegt werden wird von den Grenzen der Macht und der Fähigkeiten des Staates, von der Unfruchtbarkeit der Doktrin und der — wundertätigen Gartenschere. Wäre der Antrag Kaßmann auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Sachsen angenommen worden — die „umgebildete" Regierung hätte ein ganz andres Gesicht. Jetzt sieht das aufs Haar so aus, wie die berühmte Zeichnung Oberländers: „Der Biß in die Zitrone." Und der Dresdner Bruder gleicht seinem Berliner auch darin wie ein Zwilling.

Immerhin können die beiden Demokraten im einzelnen nützliche Arbeit verrichten. Dem Finanzminister Nitzschke sind die Grenzen schon durch die Machtabwanderung aus den Einzelstaaten in das Reich eng gezogen, während der Einfluß der einzelstaatlichen Finanzminister auf die Reichsfinanzpolitik wahrhaftig nicht stärker geworden ist. Immerhin ein erschrener und kluger Mann, der aus der Industrie kommt, die Einzelwirtschaften gerade Sachsens genau kennt und nicht vergessen wird, daß die Volkswirtschaft die Summe der Einzelwirtschaften ist.

Dr. Seyfert (von dem die Leser erst kürzlich an dieser Stelle ein offenes Bekenntnis zu den Schulfragen gelesen haben, die er beherrscht) sieht sich gleichfalls vor schwierige Probleme gestellt. Nicht nur in Schul- und Kirchenfragen. Wir brauchen ein Kultur-Ministerium. Mit einer durch eine Weltanschauung selbst im kleinen Staate bedingten Leitung. Mit einem weiten Blick über den Kunstbereich. Hier bleibt gerade für Sachsen und die höhere Geltung seiner Hauptstadt, seiner wertvollsten künstlerischen, geistigen, Kulturgüter noch ein weites Brachland fruchtbar zu machen. Viel hängt von den verantwortlichen Beratern ab und daß Dr. Seyfert bald diejenigen Männer und Kenner und Könner an die richtigen Stellen setzt, die dort so notwendig sind, wie das liebe Brot.

Nur wenn die beiden demokratischen Minister in ihrem Ressort deutlich nach innen und außen erkennen lassen, welches Geistes sie sind, kann die Wandlung nützlich sein. Auf die dringendsten Mängel und Nöte ist ihnen die Einwirkung versagt. Der Wucher blüht üppig weiter. Trotz der schönsten und umfangreichsten „Planwirtschaft" und „Nichtpreisen" und „Höchstpreisen". Und es blüht noch so viel andres schlimmes Unkraut. Die zwei demokratischen Männer können es nicht beseitigen. Damit aber die Demokratie nicht in Mißkredit komme und die Reaktion schließlich den Nutzen aus jeder Enttäuschung zieht, müssen die demokratischen Minister in der Kammer mit aller Offenheit dartun, wo ihnen die Grenzen des Einwirkungsbereiches gesetzt sind und was sie innerhalb dieser Grenzen schaffen und verhüten wollen. Sie können da gar nicht offen genug sein.

*

Wie wir hören, findet die Uebergabe des Finanz- und des Kultusministeriums an die neuen Minister voraussichtlich am Sonnabend statt. Eine offizielle Benachrichtigung über ihre Berufung zum Minister ist dem Abg. Nitzschke und dem Geheimrat Dr. Seyfert noch nicht zugegangen.

Drohende Kriegsgefahr?

Der Streit um Fiume hat schwere Gewitterwolken am Himmel des friedliebenden Völkerbundes heraufbeschworen. Der ewige Friede, den der Bund der Sieger durch seine Regelung der Machtverhältnisse in der Welt bringen wollte, droht schon in die Brüche zu gehen, denn die Südslawen rüsten zum Krieg gegen d'Annunzio, und der Dichter wiederum erklärt ihnen den Krieg: „Chicago Tribune" meldet aus Fiume, die südslawische Regierung habe beschlossen, die Jahresklassen 1880 bis 1896 zu mobilisieren. Weiter wird gemeldet:

* Zürich, 3. Oktober. Die „Neue Züricher Zeitung" veröffentlicht eine Zuschrift von südslawischer Seite, in der es heißt: In ganz Südslawien herrscht die größte Aufregung über einen Kriegsausbruch. Die Tatsache, daß ein italienischer Militärzug Fiume mit Proviant versorgt hat, daß das italienische Rote Kreuz regelmäßig Sendungen von Lebensmitteln für Truppen d'Annunzios befördert, daß militärische Flugzeuge den Verkehr zwischen Fiume und Rom aufrechterhalten, zwingen die südslawische Regierung zu der Annahme, daß alle Beteuerungen der italienischen Regierung wegen ihrer Neutralität gegen d'Annunzios Abenteuer nicht der Wirklichkeit entsprechen. Nach mehreren Sitzungen des Kronrates in Belgrad haben in ganz Südslawien die Einstellungen Freiwilliger begonnen. In allen Küstenstädten Dalmatiens bilden sich Volksgarden, die mit Maschinengewehren und Gewehren bewaffnet sind. Auch Artillerie ist bereits auf den dominierenden Küstenpunkten aufgestellt. Aus ganz Kroatien sammeln sich Freiwilligenverbände in der Nähe Fiumes an. Auf italienische Flugzeuge wird beim Ueberfliegen der Demarkationslinie geschossen, so daß schon einige italienische Flugzeuge gezwungen waren, auf südslawischem Gebiet zu landen.

* Rotterdam, 3. Oktober. Die New-Yorker „Times" melden, daß in Italien beschlossen worden sei, daß, falls d'Annunzio von den Südslawen angegriffen werden sollte, die in Fiume garnisonierenden Truppen den Befehl erhalten würden, dem Dichter zu helfen. Es wird gesagt, daß das offizielle Italien der Ansicht sei, daß man, ohne d'Annunzios Vorgehen offiziell gutzuheißen, ihn im Falle eines Konfliktes nicht den Südslawen ausliefern könne. Zwischen dem Chef des Stabes, General Gandolfo, der das 26. Armeekorps kommandiert, und dem Major Regna, d'Annunzios Chef des Stabes, hat eine Unterredung stattgefunden. Die „Stampa" sagt, es besteht kein Zweifel, daß im Falle der Not sich zwei Armeen sofort gegen den Feind wenden würden. Nachrichten aus Fiume besagen, daß d'Annunzio alle von seinen Parteianhängern vorgeschlagenen Unternehmungen gegen die dalmatinische Küste abgelehnt habe.

So stehen nun augenblicklich die Dinge, daß noch vor dem offiziellen Schluß des großen Krieges durch die Ratifikation über dem Streit um die Beute ein neuer Krieg zwischen zwei Anhängern der Entente zu entstehen droht, weil dieser Bund ohnmächtiger Großmächte nicht in der Lage ist, sich selbst über die strittigen Fragen zu einigen. Amerika hält noch fest an der alten Lösung, der Neutralität Fiumes, Frankreich will die Südslawen durch die Zuteilung der Stadt stärken, und Italien beansprucht sie für sich. England aber schweigt, um am Ende dem Mächtigsten recht zu geben, während Japan uninteressiert ist.

Vorteil von dieser Lage hat besonders d'Annunzio, der trotz einiger Schwierigkeiten im Innern, wie die folgende Meldung zeigt, sich noch ungebrochen mit den weitschweifendsten Plänen trägt: Aus Bern meldet das Wolff-Bureau: Seit der Verschärfung der Absperrungsmaßnahmen gegen Fiume werden jetzt die ersten Nachrichten über die Mißstände in der Stadt bekannt. Nach Einstellung der Schiffahrt nehmen Arbeitslosigkeit und Teuerung in der Stadt zu. Lebensmittel und Brennstoffe werden immer knapper. d'Annunzio hat dem Berichterstatter des „Corriere della Sera" Mitteilungen über weitere Handstreiche in Dalmatien gemacht. Der Diktator hofft, daß sein Vorgehen zur Wiederaufrollung der ganzen Adria-Frage führen werde.

*

Amerikaner unter englischem Oberbefehl

* Basel, 3. Oktober. Dem „Echo de Paris" zufolge hat die Landung amerikanischer Truppen an der dalmatinischen Küste die öffentliche Meinung Amerikas sehr aufgeregt. Offensichtlich befolgen die amerikanischen Marinetruppen die Befehle der englischen Admiralität, ohne die amerikanische Admiralität zu befragen. Als das erste Kabeltelegramm mit der Meldung über das Ereignis eintraf, wollte der Staatssekretär Daniel die Nachricht nicht glauben. Später traf die offizielle Bestätigung mit der Meldung ein, daß der Befehl von der englischen Admiralität auf Weisung des interalliierten Kriegsrates gegeben worden war. Die amerikanische Regierung war also nicht gefragt worden. Der Senat verlangte von der Regierung sofortige Aufklärung. Der Zwischenfall wird natürlich von den Gegnern des Völkerbundes eifrig für ihre Zwecke benutzt. Der Korrespondent der New-Yorker „Sun" in Washington erklärt, man glaube in politischen Kreisen der Stadt, daß Wilson, ohne etwas davon zu sagen, zahlreiche Verpflichtungen eingegangen sei, namentlich in bezug auf Estland, Syrien, Armenien und die Adria. Die Senatoren begreifen sehr wohl den Grund, warum Wilson nicht wünscht, daß diese Verpflichtungen bekannt werden. Es wäre dies ein neues Hindernis, das sich der Ratifikation des Vertrages entgegenstellen würde.

Die Zukunft des deutschen Handels

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

k. Hamburg, 3. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Was die Leipziger Messe und die gegenwärtig in Frankfurt a. M. stattfindende Einfuhrmesse für die Industrie bedeutet, das stellt in anderm Rahmen die gestern eröffnete Hamburger Großhandelswoche für den deutschen Handel dar. Sie will und soll denjenigen Kräften unsrer Wirtschaft Geltung verschaffen, die die Vorkämpfer für einen regelmäßigen und ausgedehnten Wirtschaftsverkehr sind. Zum ersten Male nach Friedensschluß trat der organisierte deutsche Großhandel wieder zu einer Tagung zusammen, die ihren besonderen Charakter durch die Teilnahme des Reichswirtschaftsministers Schmidt erhielt. Nach einigen einleitenden Worten des Großkaufmanns Klöpper, der im Namen der Bezirksgruppe Hamburg die Versammlung begrüßte, und des Vorsitzenden Kommerzienrats Ravené nahm Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wort zu seiner mit lebhafter Spannung erwarteten Rede über die Zukunft des deutschen Handels. Er legte folgendes dar:

„Die 21-Milliarden-Ausfuhr des Jahres 1913 ist die Erinnerung an das versunkene goldene Zeitalter, das nicht so bald wiederkehren wird. Aber ich teile nicht den Pessimismus mancher Wirtschaftskreise, die an einem Wiederaufstieg verzweifeln wollen. Der deutsche Kaufmann ist bereit, alle Opfer der Vergangenheit zu überwinden und mit den früheren Mitteln, mit denen er schon einmal die große deutsche Vergangenheit aufgebaut hat,

eine neue Zukunft zu schaffen.

Was haben wir während des Krieges an Werten materieller und industrieller Art eingeführt? Der 21-Milliarden-Umsatz wurde durch die Blockade nahezu vollständig lahmgelegt, unsre überseeischen Verbindungen gingen verloren, oder sie blieben nur im geringen Umfange aufrecht. Damit wurde die Basis für die Ernährung und für die Rohstoffversorgung beengt und je schärfer die Blockade anzog, um so unerträglicher wurde die Lage. Volkswirtschaftlich stand das Problem so, daß bei einer verminderten Warenbeschaffung der Bedarf des einzelnen gekürzt werden mußte. Ich stehe nicht an, trotz den vielen Angriffen, die während des Krieges gegen die Zwangswirtschaft erhoben worden sind, es klar auszusprechen, daß ich bei Anerkennung aller Mängel die Zwangswirtschaft auch heute noch als die einzig denkbare Methode ansehe. Die Kriegswirtschaft war Mangelwirtschaft. Der staatliche Wille mußte die innerlich führungslos gewordene Wirtschaft schlecht und recht in seine Leitung übernehmen. Niemand schränkt sich freiwillig ein, der Zwang wird als Plage empfunden. Wir kommen aus einem verlorenen Krieg. Unser Volkskörper leidet schwer an der grenzenlosen Ueberanstrengung der letzten Jahre, an körperlicher Entkräftung und an einem schweren geistigen Fieber. Mit diesem Wirtschaftskörper lassen sich keine Experimentkuren machen. Jetzt die Entwicklung in ein neues System hineinzuzwängen, wäre verkehrt. Wir müssen zum natürlichen Aufbau zurück. Schon die außenpolitische Lage verbietet die Aufstellung eines Planes auf lange Sicht. Immer noch nicht kennen wir die Entschädigungsansprüche unsrer Gegner an uns, immer noch ist der Osten Europas Kampfgebiet und in seiner wirtschaftlichen Zukunft unübersehbar. Da bleibt nichts andres übrig, als die jeweilige außerordentliche Lage klar zu erfassen und danach den Wirtschaftsplan einzurichten. Zu verheerend hat der Tiefstand der Mark auf unser Einfuhrgeschäft gewirkt. Das Allerschlimmste für das Ausfuhrgeschäft sind die Schwankungen des Geldwertes. Sie machen jede Kalkulation unmöglich und verwandeln die ganze Zirkulation von Geld und Ware in ein reines Spekulationsgeschäft. Die Aufnahme großer ausländischer Kredite gilt allgemein für ein wirksames Heilmittel unsrer Währungsnot. Ich habe mich auch zusammen mit dem Reichsfinanzminister mit aller Kraft für die Anbahnung solcher Kreditgeschäfte eingesetzt. So notwendig diese Operation zur Stärkung unsrer unmittelbaren Kaufgeschäfte ist, ein Allheilmittel gegen die Valutanöte ist auch sie nicht. Ich kann nur immer wieder wiederholen, was ich allen ausländischen Vertretern sage, das Währungsproblem ist ein internationales Problem, unter dem fast alle kriegführenden Staaten, auch die Sieger, zu leiden haben.

Nur eine internationale Valutaregelung,

eine neue Ausbalancierung der Kurse, geschaffen durch eine internationale Anleihe, bringt endgültige Heilung, und ich bin fest überzeugt, daß dieser einzig gangbare Weg bald beschritten wird.

Ebenso dringend ist aber für uns, daß endlich das Loch im Westen verstopft wird und wir wieder eine normale Grenze erhalten. Wir haben in den Verhandlungen immer wieder betont, daß die Einfuhr über das besetzte Gebiet wohl die französischen Schieber, nie aber das französische Volk in seiner Gesamtheit glücklich machen kann. Diese stürzen den deutschen Geldkurs immer tiefer hinab. Entweder Schiebergewinn oder Zahlungen und Wiedergutmachungen, Frankreich wird sich bald entscheiden müssen. Wenig Bedeutung lege ich den geäußerten Befürchtungen bei, die deutschen Waren würden keine Absatzmärkte mehr finden. Unsre großen Exportindustrien sind schon jetzt überhäuft mit Aufträgen. Der Besuch der Leipziger Messe hat mir deutlich vor Augen geführt, daß deutsche Qualitätsware nach wie vor begehrt ist. Die Mengen, die wir für die nächste Zeit bereitstellen können, werden auch sicher untergebracht werden. Vom ersten Tag meiner Amtszeit habe ich mich bemüht, alle Hemmungen zu beseitigen, die im Interesse des Schutzes der heimischen Arbeit entbehrlich waren, um gerade dem Handel möglichst große Bewegungsfreiheit zu geben. Ich darf an die Aufhebung der Devisenordnung erinnern und die Freigabe der Einfuhr der Textilrohstoffe und von Kautschuk. In der allernächsten Zeit ist die Freigabe der Einfuhr von weiteren Rohstoffen beabsichtigt. Nur Ausfuhr sind freigegeben: Textilfertigfabrikate, soweit